

des reaktionären Regimes in Südvietnam energisch verurteilt und dagegen protestiert wurde, daß chinesische Einwohner zum Wechsel ihrer Staatsangehörigkeit veranlaßt wurden. Dieser gerechte Standpunkt wurde seinerzeit von der Demokratischen Republik Vietnam gebilligt und unterstützt. NHAN DAN, das Zentralorgan der Vietnamesischen Arbeiterpartei, veröffentlichte Artikel, in denen die Ngo-Dinh-Diem-Clique wegen dieser illegalen Maßnahmen gebrandmarkt wurde. Nach der Befreiung Südvietnams änderte die vietnamesische Regierung plötzlich ihre Haltung und - im Gegensatz zu dem Geist der zwischen beiden Seiten getroffenen Vereinbarung - gab ohne vorherige Konsultation mit der chinesischen Regierung vor der allgemeinen Volkszählung im Süden und vor den Abgeordnetenwahlen zur Nationalversammlung im Februar 1976 einen Beschluß bekannt, nach dem sich alle in Südvietnam lebenden Chinesen mit der Staatsangehörigkeit eintragen sollten, die ihnen während der Herrschaft Ngo Dinh Diems auferlegt worden war. Später verhängte die vietnamesische Regierung offen strenge Beschränkungen aller Art gegenüber chinesischen Bewohnern, die ihre chinesische Staatsangehörigkeit beibehalten hatten, um sie zu ächten und zu verfolgen. Und nun behauptet der Sprecher des vietnamesischen Außenministeriums, daß 'bereits im Jahre 1956 fast alle in Südvietnam lebenden Chinesen die vietnamesische Staatsangehörigkeit angenommen haben. Sie sind nicht mehr chinesische Staatsbürger, sondern Vietnamesen chinesischer Abstammung.' Auf diese Weise werden eine Million und mehrere hunderttausend chinesischer Staatsbürger auf einen Schlag abgeschrieben. Dies ist für die chinesische Regierung völlig unannehmbar.

2. Der Sprecher des vietnamesischen Außenministeriums führte die massive Vertreibung chinesischer Bewohner auf 'Informationen' zurück, die 'gewisse übelgesonnene Elemente unter den Hoa-Leuten' verbreitet hätten, und erklärte, dies sei 'eine vorsätzliche Handlung' gewesen. Die Art und Weise, wie die Dinge sich entwickelten, hat voll und ganz bewiesen, daß niemand anderes als Vietnam selbst aus innenpolitischen und internationalen Erfordernissen eine Politik der Diskriminierung, der Ächtung, Verfolgung und Vertreibung chinesischer Einwohner angenommen und systematisch betrieben hat.

In der Tat sind in Vietnam eine Zeitlang vorsätzlich antichinesische Gerüchte in Umlauf gewesen. Nicht wenige vietnamesische offizielle Vertreter und für öffentliche Sicherheit zuständiges Personal haben diese 'Gerüchte' als ein Mittel eingesetzt, um chinesische Einwohner zu täuschen und in Angst zu versetzen, damit sie nach China zurückkehren. Diese 'Gerüchte' wurden vorsätzlich aus der Luft gegriffen und von der vietnamesischen Seite verbreitet.

3. Das starke Ansteigen der Zahl der in die Heimat vertriebenen Chinesen hat für China plötzlich große finanzielle und materielle Schwierigkeiten und Belastungen hervorgerufen. Die chinesische Regierung muß sofortige, entsprechende Vorkehrungen für die Wiederansiedlung der zahlreichen aus Vietnam vertriebenen Chinesen treffen. Daher sieht sie sich gezwungen, einen Teil der aus vollständigen Werksanlagen bestehenden Hilfsprojekte an Vietnam zu annullieren, um die Gelder und Materialien dafür zu verwenden, die zurückgekehrten Chinesen unterzubringen und ihnen produktive Arbeit zu geben. Die Annullierung eines Teils der Hilfsprojekte Chinas an Vietnam ist eine notwendige und unfreiwillige Not-

standsmaßnahme, sie ist eine ausgesprochene Folge der vietnamesischen Politik der Ächtung chinesischer Staatsbürger.

Das chinesische Volk hat in den vergangenen 30 Jahren - trotz vieler eigener Schwierigkeiten - hart gearbeitet und Genügsamkeit praktiziert, um dem vietnamesischen Volk in seinem nationalen Befreiungskampf und beim wirtschaftlichen Wiederaufbau zu helfen. Es hat Vietnam ohne irgendwelche Bedingungen vielseitige Hilfe geleistet und selbst große Opfer gebracht, um das vietnamesische Volk in seinem revolutionären Kampf zu unterstützen. Dies ist eine allgemein anerkannte Tatsache. Die chinesische KP, die chinesische Regierung und das chinesische Volk haben in dieser Hinsicht keine Wissensbisse. Die vietnamesische Seite fühlt sich jetzt indessen in der Lage, üble Verleumdungen und Angriffe im Hinblick auf die chinesische Hilfe vorzubringen. Das chinesische Volk ist durch eine derartige Handlungsweise, bei der Gutes durch Schlechtes vergolten wird, sehr schmerzlich berührt und verärgert.

4. In seiner Erklärung hat der Sprecher des vietnamesischen Außenministeriums vorgeschlagen, daß die vietnamesische und die chinesische Seite 'zusammentreffen', um ihre sogenannten 'Differenzen hinsichtlich der Frage der Hoa-Leute' zu lösen. Wir sind der Auffassung, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein derartiger Vorschlag einzig und allein aus Propagandagründen gemacht wurde. Während die vietnamesischen Stellen die Vertreibung chinesischer Staatsbürger fortsetzen, schlagen sie vor, daß eine Zusammenkunft stattfindet, auf der die sogenannten 'Differenzen hinsichtlich der Frage der Hoa-Leute' erörtert werden sollen. Da die vietnamesische Seite die Existenz irgendwelcher chinesischer Staatsbürger in Vietnam verneint, beweist sie, daß ihr 'Vorschlag' völlig falsch und bedeutungslos ist.

Wir hoffen, daß die vietnamesische Seite das tun wird, was sie erklärt hat, ihren Worten folgen läßt, die der traditionellen Freundschaft und den fundamentalen Interessen beider Völker wirklich würdig sind, daß sie ihre irrixe Praxis der Ächtung, Verfolgung und Vertreibung von Auslands-Chinesen sofort einstellt und alle weiteren Handlungen unterläßt, die der Freundschaft zwischen dem chinesischen und vietnamesischen Volk Schaden zufügen."

(Quelle: Monitor-Dienst, Asien, 12.6.78, S.1 ff.)

DOKUMENT NR. 3

"VIETNAM SCHUF VORAUSSETZUNG

FÜR BEILEGUNG DER DIFFERENZEN"

Erklärung des Außenministeriums
in Hanoi zur Frage der in Vietnam
lebenden Chinesen

Hanoi, den 6.5.1978 (VNA, engl.;
Monitor-Dienst, 7.6.78)

(Volltext) "Das Außenministerium der Sozialistischen Republik Vietnam veröffentlichte heute (5.6.) folgende Erklärung zur Frage der in Vietnam lebenden Chinesen: In der Erklärung des Sprechers des Außenministeriums der Sozialistischen Republik Vietnam vom 27. Mai 1978 und in der Note des Außenministeriums der Sozialistischen Republik Vietnam an das

Außenministerium der Volksrepublik China vom 28. Mai 1978 schlug die vietnamesische Seite vor, daß provokative Propaganda, die der Freundschaft zwischen den beiden Völkern schadet, beendet wird und Vertreter der beiden Parteien und Regierungen sobald wie möglich, möglicherweise Anfang Juni 1978, zusammentreten sollten, um Differenzen über die Frage der in Vietnam lebenden Chinesen - darunter den Vorschlag der chinesischen Regierung, Schiffe in die Häfen von Haiphong und Ho-Chi-Minh-Stadt zu entsenden, um die Chinesen zurück nach China zu bringen - zu diskutieren und zu regeln.

Der vietnamesische Vorschlag, der sich aus der Freundschaft zwischen dem vietnamesischen und dem chinesischen Volk ergibt, steht in Übereinstimmung mit den Interessen der beiden Völker und mit üblicher internationaler Praxis. Was die vietnamesische Seite am meisten überrascht hat, ist die Note des Außenministeriums der Volksrepublik China an das Außenministerium der Sozialistischen Republik Vietnam vom 2. Juni 1978, in der die chinesische Regierung den gerechten und vernünftigen Vorschlag der vietnamesischen Seite ablehnte. Gleichzeitig wiederholte sie ihre wahrheitswidrigen Behauptungen und stellte Forderungen auf, die üblichem internationalem Recht und internationaler Praxis widersprechen.

Die vietnamesische Seite hat wiederholt betont, daß sie in Übereinstimmung mit dem Abkommen zwischen dem Zentralkomitee der Vietnamesischen (Kommunistischen) Partei und dem Zentralkomitee der Chinesischen (Kommunistischen) Partei von 1955 den Chinesen in Nordvietnam gestattet hat, dieselben Rechte zu genießen und dieselben Pflichten zu erfüllen wie vietnamesische Bürger; praktisch sind sie vietnamesische Bürger geworden. In Südvietnam haben fast alle chinesischen Bewohner die vietnamesische Staatsbürgerschaft angenommen und wurden Vietnamesen chinesischer Abstammung. Wenn die chinesische Seite jetzt wünscht, das Abkommen von 1955 zwischen den beiden Parteien über die Frage der Chinesen im Norden zu ändern und die von der Geschichte hinterlassene Frage hinsichtlich der Vietnamesen chinesischer Abstammung im Süden zu überdenken, dann ist es für jeden Vernünftigen klar, daß die chinesische Seite mit der vietnamesischen Seite verhandeln sollte. Wenn die chinesische Seite wünscht, Schiffe nach Vietnam zu entsenden, um die Chinesen zurück nach China zu bringen, muß sie ebenfalls zuvor Verhandlungen mit der vietnamesischen Seite führen. Dies ist der richtige Weg zur Beilegung von Differenzen zwischen den beiden Ländern in Übereinstimmung mit den Interessen der beiden Völker und mit den Prinzipien der Gleichheit und gegenseitigen Achtung in den internationalen Beziehungen.

Die Differenzen über die Frage der Chinesen in Vietnam ist leicht zu regeln, aber die chinesische Seite lehnt einerseits Verhandlungen ab und erfindet andererseits die Geschichte über Vietnams 'Ächtung, Verfolgung und Vertreibung' von Chinesen in Vietnam und schürt eine großangelegte Propagandakampagne, die dazu dient, nationalen Haß zu wecken und ein antivietnamesisches Gefühl unter dem chinesischen Volk hervorzurufen. Offensichtlich sind die Aktionen der chinesischen Seite vorbedacht und darauf gerichtet, Schwierigkeiten für den sozialistischen Aufbau in Vietnam zu schaffen und die uralte Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Vietnams zu untergraben.

Die Politik der Partei und Regierung Vietnams gegenüber in Vietnam lebenden Chinesen ist korrekt

und konsequent. Sie beruht auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus in Übereinstimmung mit dem Abkommen zwischen den beiden Parteien und mit den grundlegenden und langfristigen Interessen der in Vietnam lebenden Chinesen. Keine Erfindung, kein provokatives Manöver kann aus weiß schwarz machen. Ausgehend von der Freundschaft zwischen dem vietnamesischen und dem chinesischen Volk im Interesse der beiden Völker und um günstige Bedingungen für die Beilegung der Differenzen über die Frage der in Vietnam lebenden Chinesen zu schaffen, erklärte die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam,

1. daß die in Vietnam lebenden Chinesen, die jetzt seit Jahrzehnten in Harmonie mit dem vietnamesischen Volk in der nationalen Gemeinschaft Vietnams leben und Wohl und Wehe miteinander geteilt haben, ohne Furcht in Vietnam bleiben, ein normales Leben führen sollten und sich dem Volk im ganzen Land beim Aufbau des Sozialismus in Vietnam anschließen und ein glückliches und wohlhabendes Leben für sich aufbauen sollten;
2. daß die in Nordvietnam lebenden Chinesen, die die gleichen Rechte genossen und die gleichen Pflichten erfüllten wie vietnamesische Bürger, und die Vietnamesen chinesischer Abstammung in Südvietnam, die Vietnam verlassen wollen, von den vietnamesischen Behörden dazu die Erlaubnis erhalten, nachdem sie alle Ausreiseformalitäten erfüllt haben. Denjenigen, die Vietnam verlassen, wird gestattet, in Übereinstimmung mit den gegenwärtigen Gesetzen und Bestimmungen der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam ihr persönliches Eigentum mitzunehmen;
3. daß die chinesischen Bewohner in Südvietnam, die jetzt Vietnam verlassen wollen, in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Bestimmungen der vietnamesischen Regierung die Ausreiseformalitäten erfüllen müssen. Diejenigen, die in Vietnam bleiben wollen, werden wie alle anderen ausländischen Bewohner behandelt;
4. daß die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam chinesischen Schiffen gestattet, in die von Vietnam bestimmten Landesteile auszulaufen, um diejenigen in Vietnam lebenden Chinesen aufzunehmen, die Vietnam in Richtung China verlassen wollen, nachdem sie alle Formalitäten in Übereinstimmung mit den gegenwärtigen vietnamesischen Gesetzen und Bestimmungen hinsichtlich des Anlaufens vietnamesischer Häfen durch ausländische Schiffe erfüllt haben. Den ersten chinesischen Schiffen wird ab 20. Juni 1978 gestattet, vietnamesische Häfen anzulaufen.

Das vietnamesische Volk und die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam haben deutlich ihren guten Willen gezeigt und der Freundschaft zwischen den beiden Völkern große Bedeutung beigemessen, indem sie alle Voraussetzungen für die Beilegung von Differenzen zwischen China und Vietnam über die Frage der in Vietnam lebenden Chinesen schufen. Das vietnamesische Volk ist fest davon überzeugt, daß trotz aller von der chinesischen Seite hervorgerufenen Schwierigkeiten und Komplikationen die Gerechtigkeit siegen und heimtückische Manöver scheitern werden und die wertvolle Freundschaft zwischen den Völkern Vietnams und Chinas gewiß erhalten wird."

(Quelle: Monitor-Dienst, Asien, 7.6.78, S.1 ff.)